

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzplanung

und

Haushaltsgesetz 2001

Ich darf Sie hinweisen auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/800, 13/812 und 13/816 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU zu Einzelplan 20 in den Drucksachen 13/945 bis 13/954.

Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Diegel für die CDU-Fraktion das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt habe ich nicht nur angesichts der Aufmerksamkeit in diesem Parlament, sondern auch angesichts des gesamten Beratungsverfahrens wenig Motivation, hier jetzt ernsthafte Argumente vorzubringen.

Ernsthaft sollten wir darüber diskutieren, inwieweit wir dieses Verfahren, das ich eigentlich mehr für ein Geisterverfahren halte, für die Zukunft konstruktiv ändern.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, diesbezüglich gibt es nicht nur Übereinstimmung im Finanzausschuss, sondern möglicherweise über die Fraktionsgrenzen hinaus auch in anderen Gremien, nämlich darüber, wie wir uns sinnvoller beschäftigen und ernsthafter die Argumente austauschen können.

Ich habe leider Gottes dem Protokoll gegenüber die Pflicht zu erfüllen, nun einige Aspekte aus den Einzelplänen 12 und 20, die teilweise verquer dargestellt worden sind, aus der Sicht der Fraktion der CDU richtig zu stellen.

Herr Finanzminister, lassen Sie mich von daher anfangen mit der wirklich unseligen Debatte, die Sie betreffend die Deckungsvorschläge der CDU im Personalhaushalt immer falsch wiedergeben. Ich will es noch einmal deutlich machen: Indem Sie es wiederholen, wird Ihre Argumentation nicht richtig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber Ihre erst recht nicht!)

Ich bedauere außerordentlich, dass der Finanzminister in den wesentlichen Teilberatungen des Haushalts- und Finanzausschusses leider nicht anwesend sein konnte. Ansonsten wäre vielleicht eine solche Argumentation hier nicht vorgetragen worden.

(Minister Peer Steinbrück: Das ist nicht fair!)

- Das ist sehr wohl fair. Ich denke, wenn Sie in der Zukunft bei den Abschlussberatungen zur zweiten Lesung im Finanzausschuss dabei sind, dann haben wir mit der Bemerkung das Nötige erreicht. In der Prioritätensetzung eines Finanzministers sollte es wichtig sein, an einer solchen Abschlussberatung teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Müller?

Helmut Diegel (CDU): Gern.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Frau Müller.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Diegel, ich habe die Frage, inwieweit die Anwesenheit des Finanzministers Ihr Argument, die Personalaufstockung im Lehrerbereich mit 1,5 % des Personalhaushalts decken zu wollen, verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Helmut Diegel (CDU): Zunächst einmal, Frau Müller, würde Herr Steinbrück dann nicht laufend wiederholen, dass wir von einer Stellenausweitung und einer Stellendeckung in jeweils gleicher Größenordnung von 8.600 Stellen reden. Wenn er bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss dabei gewesen wäre, hätte er mitbekommen, dass von den 8.600 Stellen, die finanziert werden sollen, 2.600 Stellen aus dem Wegfall des Programms "Geld statt Stellen" finanziert werden und es sich insofern nur um 6.000 Stellen handelt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das muss gesagt werden!)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Das ist die erste Mär.

Die zweite Mär, Herr Steinbrück - und das gehört zur Solidität eines Finanzministers dazu -, bezieht sich auf die Deckung. Da sind wir gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren. Sie wissen - Sie haben es selber in die Debatte eingeführt -, dass der CDU-Vorschlag einer 1,5%igen linearen Deckung auf fünf Jahre jeweils 1.350 Stellen erbringt. Das sind rund 6.750 Stellen, die die CDU im Personalhaushalt erwirtschaftet.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, ich frage Sie bei dieser Gelegenheit: Wie viele Stellen erwirtschaften Sie denn durch Deckungsvorschläge im Personalhaushalt? Ich sage Ihnen: null, nicht eine einzige Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie stellen sich hier hin mit der Prosa, wir würden keine Deckung bringen. Herr Finanzminister, das ist unseriös. Das bitte ich auch in der Zukunft so nicht zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Nun kommt das Argument hinzu, es müssten ohnehin 6.400 kw-Stellen erwirtschaftet werden, und das auch auf die nächsten fünf Jahre. Das ist richtig. Und ich unterstelle, dass die CDU diese 6.400 kw-Stellen möglicherweise ausgerechnet in den Bereichen, aus denen die CDU ihre Deckung hernehmen will, auch noch erwirtschaften muss. Einverstanden. Dann käme ich zu einer Deckung von rund 13.200 Stellen. Die müssten bei Umsetzung des CDU-Vorschlages erwirtschaftet werden.

Herr Finanzminister, und wenn Sie wissen, dass wir über eine mindestens 3%ige Fluktuation - wenn nicht 3,5 %ige Fluktuation - im Personalhaushalt verfügen, dann haben wir mindestens 13.400 Stellen, wenn nicht gar 15.000 Stellen Fluktuation. Wenn ich diese 15.000 Stellen minus die 13.200 Stellen der CDU rechne, dann haben wir eine seriöse Deckung.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist traurig, dass ich Ihnen das im Parlament hier vorführen muss

(Beifall bei der CDU)

und Sie das nicht im Finanzausschuss mitkriegen können. Aber ich will es noch einmal wiederho-

len. Das ärgert mich wirklich, wenn jemand, der keine eigene Deckung im Personalhaushalt bringt, aber den Personalhaushalt um 6.000 Lehrerstellen aufbläht, (C)

(Brigitte Speth [SPD]: Das ist ungeheuerlich!)

uns eine unseriöse Deckung vorwirft. Herr Finanzminister, das ist wirklich unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu einem anderen Argument kommen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Muss das sein?)

Es ist das Argument, das insbesondere im Einzelplan 12 bei den Deckungsvorschlägen der CDU eine Rolle spielt, und zwar sind es die Deckungsvorschläge der CDU aus den Mitteln des BLB. Die CDU hat einen Deckungsvorschlag von 250 Millionen DM eingebracht.

(Brigitte Speth [SPD]: Das hatten wir gestern schon einmal!)

Nun gebe ich zu: Man mag darüber streiten, inwieweit Sie durch Ihre Maßnahmen zur Umsetzung und Einsetzung eines Liegenschaftsmanagements in der Lage sind, die Vorgaben des Gutachters Seebauer zu erfüllen. Das würde möglicherweise unter einer CDU-Regierung anders laufen als mit Ihrer Handschrift. Ich will aber nicht spekulieren. Ich will einfach unterstellen, dass Sie die Vorgaben des Gutachters Seebauer sehr wohl in Erinnerung haben. (D)

Ich will gar nicht so tun, als ob wir die ersten Forderungen, die im Raume standen und hießen, 500 Millionen DM könnten pro Jahr auf 10 Jahre erwirtschaftet werden, hier und heute mit in der Debatte diskutieren wollten. Das tun wir nicht.

Sie haben sich dort korrigiert, und wir sind der Meinung, dass wir Ihren entsprechenden Korrekturen folgen.

(Minister Peer Steinbrück: Sie haben mich gezielt missinterpretiert! Ich musste mich nicht korrigieren!)

Aber, Herr Finanzminister, Sie haben sehr wohl eine Leitlinie mit dem BLB eingeschlagen, die in den nächsten fünf Jahren 1,1 Milliarden DM aus dem BLB finanziert.

(Minister Peer Steinbrück: Nein!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) - Doch, und ich bin gerne bereit, Ihnen morgen im Finanzausschuss zur dritten Lesung dieses Modell noch einmal vorzulegen.

Im ersten Jahr sollten 80 Millionen DM erwirtschaftet werden, im zweiten Jahr 120 Millionen DM, im dritten Jahr 200 Millionen DM, im vierten Jahr 300 Millionen DM und dann 400 Millionen DM. Dann sind Sie bei 1,1 Milliarden DM, was Ihnen der Gutachter, den Sie bezahlt haben, extra für den Kabinettschreibtisch aufbereitet hat.

Wir sagen Ihnen klipp und klar: Auch wenn dieses ganze Gutachten das Geld nicht wert gewesen sein sollte, gehen wir bei den Deckungsvorschlägen trotzdem von diesen Finanzierungsvoraussetzungen aus. Sie können sich nicht hier hinstellen und so tun, als würde die gesamte Operation BLB nur noch durchgeführt werden, weil Sie läppische 250 Millionen DM in fünf Jahren erwirtschaften wollten. Ich unterstelle sogar einmal: Wenn Sie nicht nur uns, sondern Ihrer eigenen Fraktion verkauft hätten, dass Sie durch die Einrichtung eines BLB nur 250 Millionen DM in fünf Jahren erwirtschaften würden, hätten Sie die gesamte Operation gelassen.

(Beifall bei der CDU - Heinz Hardt [CDU]:
Richtig!)

- (B) Insofern, Herr Finanzminister, bitten wir Sie: Kehren Sie zurück zur Ehrlichkeit. - Der Deckungsvorschlag der CDU ist seriös, er basiert auf dem Gutachten von Seebauer, das von Ihnen in Auftrag gegeben wurde.

(Beifall bei der CDU)

Dritter und abschließender Punkt; und ich lasse jetzt die ganzen akrobatischen Übungen

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das wäre schön!)

zu den Steuermehreinnahmen, die Sie nicht eingestellt haben, und ich gehe auch nicht auf die Personalverstärkungsmittel ein, weil wir darüber morgen im Finanzausschuss reden können.

Eines steht doch fest: Spätestens seit Sie die "Lehrerübung" eingegangen sind und den Haushalt um 2,2 Milliarden DM verändert haben - eine nicht unwesentliche Summe -, muss die mittelfristige Finanzplanung aus Ihrer Feder korrigiert werden.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist doch selbstverständlich!)

Sie wurde bis zum heutigen Tage nicht korrigiert. (C)

(Minister Peer Steinbrück: Muss sie auch nicht!)

Wir können auch nicht erkennen, wo sie der Rückkehr zu einer vernünftigen Finanzierung und dem Abbau der Verschuldung eine Handschrift geben. Wir können auch nicht erkennen, wie Sie die Personalsteuerquote zurückführen wollen, wenn Sie auf der einen Seite 6.000 neue Stellen schaffen, aber auf der anderen Seite nicht eine einzige zurückführen. Hier ist noch viel zu tun, meine Damen und Herren. Hier sieht diese Landesregierung alt aus. Hier ist sie unseriös und hat keine eigenen Visionen und keine eigene Handschrift, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Diegel. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Siekmann das Wort.

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, heute über den Einzelplan 12 zu sprechen. Das, was zum Einzelplan 20 zu sagen ist, wird gleich der Kollege Walsken vortragen. (D)

Die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2001 war - wie schon mehrfach betont - in diesem Jahr durch die Steuermindereinnahmen als Folge der Steuerreform geprägt. Vom gesamten Kabinett - also von allen Ressorts - wurde darum das Wort "Haushaltsdisziplin" groß geschrieben.

Eine solche Haushaltsdisziplin ist aber nur erreichbar und nur durchsetzbar, wenn auch der Finanzminister in seinem unmittelbaren Zuständigkeitsbereich, also beim Einzelplan 12, mit gutem Beispiel ein Vorbild für alle anderen Ressorts ist.

Während die Personalkosten am Gesamthaushalt über 40 % ausmachen, ist die Situation beim Einzelplan 12 naturgemäß anders: Mehr als sechs Siebtel der Ausgaben im Einzelplan 12 sind Personalkosten.

Das Finanzministerium ist die Zentrale für die Einziehung der Einnahmen, also vor allem der Steuern. Der zeitnahe Einzug aller berechtigten Steuerforderungen ist nicht nur ein Gebot der Steuerge-

(Erwin Siekmann [SPD])

- (A) rechtigkeit, sondern vor allem und in erster Linie der umfassenden Mittelbeschaffung. Darum muss sich der Einzelplan 12 an folgenden unverzichtbaren Forderungen messen lassen:

Bei den Finanzämtern muss ausreichend hoch qualifiziertes Fachpersonal vorhanden sein. Es müssen modernste Informations- und Kommunikationstechniken eingesetzt werden. Es muss eine optimale Software - möglichst immer auf dem neuesten Stand - vorhanden sein. Und dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss unter Beachtung einer sparsamen Haushaltswirtschaft und einer angemessenen Beteiligung auch des Finanzressorts an den allgemein notwendigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen erfolgen.

Der Weg zur Erreichung dieser Ziele ist vor dem Hintergrund immer neuer komplizierter Steuergesetzgebungen ein steiniger. Trotz der von allen Bundesregierungen angekündigten Steuervereinfachungen ist die Finanzverwaltung nach jeder neuen Steuergesetzgebung froh, wenn möglichst kompliziertere und zusätzliche Regelungen vermieden wurden, wenn schon keine Vereinfachungen erreicht wurden.

- (B) So fordert die SPD-Fraktion, dass die Finanzverwaltungen der Länder z. B. nicht durch Arbeiten im Zusammenhang mit dem Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersversorgung einseitig belastet werden. Für Nordrhein-Westfalen droht zurzeit allein hierdurch eine Belastung der Folgehaushalte mit 600 Stellen. Das wären jährlich Kosten von über 60 Millionen DM.

Durch die vielen komplizierten Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre wurde das Tempo der EDV-Nutzung und damit auch der geplanten Stellenreduzierung gebremst und konnte nicht so vollzogen werden, wie das gewünscht, ja notwendig ist. Hier erwarten wir durch die hoffentlich schnelle, möglichst zeitnahe Arbeit der neu gegründeten Fiskus GmbH einen erheblichen Modernisierungs- und auch Rationalisierungsschub. In den Finanzämtern ist die Umstellung von einfachen Datensichtgeräten auf moderne Arbeitsplatzcomputer mit Anbindung ans Netz in vollem Gang. Das ELSTER-Verfahren ermöglicht - nach Lösung der noch bestehenden Datenschutzprobleme - dem Finanzamt erstmals, die Einkommensteuererklärung elektronisch zu übermitteln.

Der Einzelplan 12 stellt für die gar nicht zu überschätzende überragende Bedeutung der Mittel-

beschaffung auch im Haushalt 2001 das notwendige Personal und die Ressourcen für den Einsatz modernster Technologien bereit. Damit gelingt es, den schmalen Grat der auch in diesem Bereich notwendigen Haushaltskonsolidierung zu gehen.

Zusammengefasst unterstützt die SPD-Fraktion die Landesregierung bei der Umsetzung folgender Ziele sehr nachhaltig: bei der umfassenden Mittelbeschaffung für den Landeshaushalt durch zeitnahen Einzug der Steuern und Abgaben, der Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien und der sparsamen Haushaltsführung bei Bereitstellung der notwendigen hoch qualifizierten Mitarbeiter.

Dabei ist auch das Instrument der Personalbudgetierung verstärkt zu nutzen. Der schnellstmögliche Abbau der kw-Stellen ist auch im Einzelplan 12 unverzichtbar, damit auch dieses Ressort seinen notwendigen Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt 2001 leistet.

Ein Wort noch zur Personalagentur. Die seit dem 1. Januar 2000 eingerichtete Personalagentur muss bei der beschleunigten Realisierung von kw-Vermerken in der gesamten Landesverwaltung einen wirksameren Beitrag leisten, als dies im abgelaufenen Jahr der Fall war. Damit dies möglich ist, müssen die Mechanismen immer neu justiert werden. Hierzu ist die SPD-Fraktion ausdrücklich bereit.

Zum Schluss noch einige Sätze zum Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Mit der zweiten Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung die finanzneutrale Umsetzung im Etat 2001 vorgenommen. Die Ziele des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb sind unter anderem mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit, auch ausgedrückt in Geld. Wir haben keinen Zweifel, dass diese Ziele erreicht werden. Über entsprechende Ergebnisse ist die Legislative regelmäßig zu unterrichten.

Jetzt geht es darum, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb nicht nur ins Rollen, sondern auch auf Touren zu bringen. Wir sind sicher, dass auch die erwarteten Einspareffekte für den Haushalt eintreten werden. Das wird sich nach unserer Überzeugung zwar nicht schon im ersten Jahr der Umstellung, aber bereits im nächsten Jahr zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 12 wird seinen wichtigen Aufgaben ge-

(C)

(D)

(Erwin Siekmann [SPD])

- (A) recht und leistet dennoch einen notwendigen, angemessenen Beitrag zu den unverzichtbaren Konsolidierungsmaßnahmen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Einzelplan 12 zu. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Siekmann. - Für die F.D.P.-Fraktion hat das Wort Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf eine Sache eingehen, die Herr Steinbrück vorhin absichtlich oder einfach nur versehentlich offenbar missverstanden hat. Sie selber haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts das Ziel beschrieben, dass die Personalsteuerquote unter 50 % sinken soll. Ich würde es niemals wagen, Ihnen an der Stelle zu widersprechen, da diese Zielbeschreibung völlig richtig ist.

- (B) Ich habe gerade auch ausdrücklich gesagt, dass der Weg über mehr Steuereinnahmen gehen kann - dann würde die Relation wieder passen -, dass wir aber keine Steuererhöhung wollen, weil die Bürgerinnen und Bürger schon genug zahlen, und dass der Versuch, das Ziel "unter 50 %" allein über Veränderung bei Steuereinnahmen zu erreichen, zurzeit völlig unrealistisch ist; denn es ist eine Tatsache, dass das Steueraufkommen für das Land Nordrhein-Westfalen ebenso wie für andere Körperschaften in den nächsten Jahren weiterhin sinken wird. Deswegen hatte ich vorhin erklärt, man müsse andere Wege beschreiten und könne nicht einfach an der Steuerschraube drehen, um auf diese Art und Weise das erklärte Ziel zu erreichen. Das wiederhole ich nur noch einmal, damit an dieser Stelle kein Missverständnis bleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Zur Finanzplanung haben wir - zumindest ich für die F.D.P. - bereits in der ersten Lesung des Haushalts Ausreichendes gesagt. Ich will nur wiederholen: Es ist eine Selbstverpflichtung, die wir uns im Interesse der nachfolgenden Generationen und im Interesse einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Politik auferlegen müssen, dass wir unsere Nettoneuverschuldung reduzieren. Dass Sie jetzt 290 Millionen DM für den Krediteabbau

(C) verwenden wollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber - ich will jetzt nicht wieder den Begriff Peanuts anführen; der ist heute in der Diskussion schon mehrfach gefallen - das reicht bei einer Verschuldung von 9,8 Milliarden DM natürlich bei weitem nicht aus. Ich möchte an dieser Stelle nur betonen, dass wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir müssen zu einer drastischen Reduzierung der Nettoneuverschuldung gelangen. Es geht schlicht und ergreifend um Gestaltungsspielräume und um Freiheit.

Ich will aber noch auf einige Punkte eingehen. Zum Einzelplan 20 ist bereits in den vorherigen Debatten vieles gesagt worden. Einiges wird vielleicht gleich noch weiter ausgeführt.

Ich will deshalb zwei Anmerkungen zum Einzelplan 12 machen. Wir als Parlament haben, denke ich, die besondere Aufgabe, uns auch der Einnahmenverwaltung anzunehmen. Dabei hat das Finanzministerium auch eine besondere Verantwortung, Vorbild für die anderen Ressorts zu sein.

(D) Das ist a) bitter notwendig und b) sicherlich nicht ganz einfach. Aber wir haben natürlich auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten in der Finanzverwaltung mit ständig neuen Aufgaben belastet werden, gleichzeitig aber ihre kw-Vermerke erbringen müssen. Ich denke da z. B. an die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes, an das Ausstellen der Unbedenklichkeitsbescheinigungen. Oder: Im Steuersystem gibt es alle zwei Wochen eine neue Richtlinie. Mit dem Einsortieren der Ergänzungslieferungen kommt man gar nicht nach. Oder: Entfernungspauschale.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn man zwei Minuten darüber nachdenkt, werden einem noch ganz viele andere Beispiele einfallen, an denen deutlich wird, dass wir immer mehr Aufgaben in die Finanzverwaltung hineintragen.

Da muss man sich natürlich schon die Frage stellen, ob, wenn es immer mehr, immer neue Anforderungen gibt - den Einsatz von modernen Techniken muss man dagegenrechnen -, tatsächlich die kw-Vorgaben so bleiben können - entsprechend einem Organisationsgutachten von 1993 - oder ob nicht eine Anpassung oder eine Fortschreibung erfolgen muss.

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) Zum Absturz von "Elster" will ich mich gar nicht äußern. Das kann immer mal passieren. Es ist gut, dass man die Missbrauchsmöglichkeiten jetzt bemerkt hat und nicht erst, wenn dieses Programm richtig angewendet wird; denn dann hätten wir unsere Steuererklärungen im Internet wiederfinden können. Das sollte nicht möglich sein - auch wenn wir nichts zu verstecken haben. Man sollte hoffen, dass das bald geklärt werden kann; denn der Einsatz von "Elster" ist eine unheimliche Erleichterung - nicht nur für die Finanzverwaltung, sondern auch für alle Steuerpflichtigen.

Ich will Ihr Augenmerk noch auf den Länderfinanzausgleich lenken - darüber haben wir vor kurzem noch gesprochen -, genauer auf die Neuregelung der Finanzbeziehungen. Das ist für Nordrhein-Westfalen eine ganz, ganz wichtige Aufgabe, die wir nicht aus den Augen verlieren sollten. Ich bleibe dabei: Es ist wichtig, dass wir wettbewerbsförderale Elemente in die Neuregelung des Finanzausgleichs einbeziehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Ich finde es schon ziemlich keck, jemandem, der sich für Wettbewerbsföderalismus ausspricht, vorzuwerfen, man sei unsolidarisch. Es hat vielmehr etwas damit zu tun, dass man leistungsfähig bleiben will. Es hat keinen Sinn und kann nicht funktionieren, wenn durch die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs diejenigen, die im Augenblick zu den Geberländern gehören, immer weniger leistungsfähig werden, und diejenigen, die im Augenblick zu den Nehmerländern gehören, keine Chance haben, jemals die andere Seite zu erreichen. Der Länderfinanzausgleich kann nicht funktionieren, wenn es nur Nehmerländer gibt. Das muss eigentlich jedem einleuchten. Deswegen haben wir nicht nur als Geberland, sondern auch in der "Treuhand" für die Nehmerländer ein originäres Interesse daran, wettbewerbsförderale Elemente einzuführen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mir ist noch ein anderer Punkt bei diesen Haushaltsberatungen - das sind meine ersten in diesem Hohen Hause - ziemlich klar geworden: Wir müssen Gesetzgebung und Finanzverantwortung zusammenführen und klar zwischen den Verantwortungen trennen. Es kann nicht sein, dass wir das bunte Mischmasch an Zuständigkeiten beibehalten. Das ist überhaupt nicht mehr transparent.

- (C) Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung zum Verfahren der Haushaltsberatung insgesamt: Ich fand vieles daran sehr enttäuschend. Ich fand die Hektik, die durch die beiden Ergänzungsvorlagen entstanden ist, und die Beratungen im Unterausschuss "Personal" bzw. im Haushalt- und Finanzausschuss mit Tischvorlagen alles andere als wünschenswert.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen; denn es ist schon spät. Gute Nacht!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für Bündnis 90/Grüne hat jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einen kurzen Rückgriff auf die Ökonomie. Warum haushalten wir? Bedürfnisse sind absolut unendlich, Herr Diegel. Aber leider, leider - das müssen wir immer wieder feststellen - sind die Ressourcen begrenzt. Das ist so gesehen natürlich eine Binsenwahrheit, verlangt aber eine hohe Kunst, und zwar Bedürfnisse und Ressourcen aufeinander abzustimmen.

(D) Warum erzähle ich das? Ich erzähle das deswegen, weil ich bei der Opposition den Eindruck habe, als sei die Aufstellung des Haushalts für sie ein Sandkastenspiel: Förmchen über Förmchen wird geschichtet; da wird noch eine Burg gebaut; da werden Deckungsvorschläge von 1,5 % über das Personal gemacht; da wird noch ein Tunnel gegraben; dann soll die Steinkohle zu 500 Millionen DM sofort herangezogen werden. - Was stellt man fest? Abends, wenn man nach Hause geht, weht der Wind darüber und es ist alles eingeebnet.

Herr Diegel, der Unterschied zwischen der Opposition und der Regierung ist folgender: Sie können Ihre Wünsche äußern noch und nöcher. Wir haben die Verantwortung, das Wünschbare machbar zu machen,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

und zwar für unser Land. Ich bin froh darüber, dass wir das tun; denn - das haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wahl entschieden - das

(Edith Müller [GRÜNE])

(A) ist nun einmal unsere Aufgabe und nicht Ihre. Mit Verlaub!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir müssen die vielfältigen Interessen austarieren. Es ist schon wahr: Nicht jeder konnte in diesem Haushaltsverfahren das bekommen, was er wollte.

Aber gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Lob an meine Fraktionäre und auch an die des Koalitionspartners. Ich glaube, wir haben sehr sorgfältig Maß gehalten. Es war angesichts der Rahmenbedingungen für dieses Haushaltsverfahren eine enorme Leistung, die wir in den letzten Wochen erbracht haben. In ein solides Haus gehört ein solider Haushalt. Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist in der Tat ein solider Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

(B) Da lachen Sie, Herr Diegel! Aber die Realität ist, dass es ein bisschen komplizierter ist, als Sie sich das vorstellen. Dieser Haushalt ist eben nicht nur business as usual. Er ist mehr als ein Zahlenwerk für ein Jahr. Ich meine das ganz ernst. Dieser Haushalt hat Perspektive. Darauf hat meine Fraktion ganz besonders geachtet. Wir wollten mit diesem Haushalt Weichenstellungen vornehmen, die über die Legislaturperiode hinaus Wirkung zeigen.

Wo liegen sie?

Erstens. Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen dazu bekannt. Das liegt auch auf der Hand. Ich weiß, dass Sie uns in diesem Bemühen tatkräftig unterstützen werden, den Konsolidierungskurs fortzusetzen und die Nettoneuverschuldung zu reduzieren.

Wir haben 160 Milliarden DM Schulden in Nordrhein-Westfalen. Davon müssen wir herunterkommen. Das ist das erklärte Ziel. Es gelingt mit diesem Haushalt, wenn auch zugegebenermaßen gering, die Nettoneuverschuldung zu verringern. Wir werden peu a peu diesen Kurs in den nächsten Jahren fortsetzen.

Zweitens. Ich sehe keine Notwendigkeit, die mittelfristige Finanzplanung zu ändern. Was ist der zweite wichtige Punkt? Was ist die Weichenstellung? Herr Diegel, mit Verlaub, es war nicht nur eine Lehrerübung, sondern das war ein ganz enor-

(C) mer Kraftakt für eine Bildungsinitiative, die wir in dieser Legislaturperiode gestartet haben.

Ich möchte an die F.D.P. gerichtet sagen: Wir lassen Kohle in die Bildung fließen, aber - das ist der Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren - wir lassen die Kohle auch leben. Deshalb ist es völlig klar, dass unser Konzept zur Finanzierung der Lehreroffensive in diesem Land natürlich nicht auf tönernen Füßen steht. Das können Sie hundert Mal bekunden in diesem Hause, im Haushalts- und Finanzausschuss, unter Anwesenheit des Finanzministers und unter Abwesenheit des Finanzministers. Dann wird es dennoch nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe die Zahlen vorliegen und kann sie, wenn das gewünscht wird, noch einmal vortragen. Ich beschränke mich auf die simple Feststellung: Wenn Sie glauben, aus dem Personalhaushalt mit 1,5 % unter Ausschluss von Schule und Hochschule, unter Ausschluss der Polizei und unter Ausschluss der Justiz- und Steuerverwaltung diese Stellen besorgen zu können, die Sie mit Ihrem Deckungsvorschlag wirksam werden lassen wollen, dann täuschen Sie sich. Es ist bedauerlich, dass man sich in diesem Hause über die schlichte Tatsache von Zahlen, die man nachlesen kann, so lange streiten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

(D) Drittens. In diesem Haushaltsentwurf finden sich neue intelligente Instrumente, auf die gerade die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Augenmerk gerichtet hat. Ich bin froh, dass dies uns bei einigen Punkten gelungen ist. Beispiel: Bahnflächenpool. Wir geben etwas rein, wir werten etwas auf, und wir bekommen etwas zurück.

(Zuruf von der F.D.P.)

Das ist ökologisch notwendig, das ist wirtschaftlich sinnvoll, und das entlastet den Haushalt. Werter Kollege, hier wird aus Subvention eine Investition. Das ist moderne Haushaltspolitik, von der Sie sich noch eine Schnitte abschneiden können.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zu guter Letzt: Bezüglich der Weichenstellungen hat meine Fraktion mit großem Augenmerk darauf

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) geachtet, ihre spezifisch sozialen und ökologischen Ambitionen und Anliegen, die wir für dieses Land sehen, durchzusetzen. Das haben wir zwei Tage lang diskutiert.

Mein Fazit dieser Haushaltsberatungen ist: Wenn wir auf diesem Kurs bleiben, wird in Zukunft mehr Wünschbares machbar, und dann können wir vielleicht auch mehr Wünsche der Opposition erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Diegel, zunächst eine stilistische Anmerkung. Ich halte es für nicht fair, wenn Sie meine seinerzeit angekündigte Abwesenheit bei der vergangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gegenstand von Spekulationen machen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

- (B) In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses davor hat mein Staatssekretär angekündigt, dass ich zu diesem Zeitpunkt in Berlin sein werde. Die Gründe kennen Sie: Finanzministerkonferenz, Finanzausschusssitzung, auf der übrigens das Thema Länderfinanzausgleich erörtert wurde - dem Vorsitzenden, Herrn Klein, ist das mitgeteilt worden -, und meine Beteiligung an der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zur Rentenreform. Das ist Ihnen geläufig.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, als stilistische Grundlage unseres wechselseitigen Umgangs, wenn Sie das nicht mit irgendeinem Geruch überziehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will auf die von Ihnen angesprochenen drei Punkte kurz in umgekehrter Reihenfolge eingehen. Ich weiß nicht, wer Sie auf den Weg gebracht hat, das Thema mittelfristige Finanzplanung zu einem Angriffspunkt zu machen dergestalt, dass die Landesregierung die mittelfristige Finanzplanung ändern müsse. Wie kommen Sie auf diese Idee? Das ist doch eine Geisterbahn, die Sie ver-

- (C) anstalten, obwohl in dieser Geisterbahn gar keine Gespenster sind. Das ist doch geradezu aberwitzig.

Sie wissen - das ist auch in der einschlägigen Finanzplanung festgelegt -, dass der Gesetzgeber ein Jahr als den geeigneten Zeithorizont für eine Fortschreibung der Finanzplanung unter der Überschrift "mittelfristige Finanzplanung" betrachtet. Deshalb hat der Gesetzgeber in § 9 Abs. 5 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes festgelegt: Der Finanzplan ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

Sie wissen seit Jahr und Tag, dass die Landesregierung dies mit der Verabschiedung des jeweiligen Haushaltsplanentwurfs macht, also nach Lage der Dinge im Juni dieses Jahres.

Weshalb führen Sie eine solche Debatte? Das ist doch völlig unnötig und völlig abstrus mit Blick auf irgendwelche Konfliktfelder. Wem versuchen Sie zu vermitteln, dass die Landesregierung wegen Ihres Finanzierungskonzepts für die Lehrer jetzt eine Änderung der mittelfristigen Finanzplanung vorzulegen hat?

- (D) Wir haben das einmal im Jahr zu machen. Sie kennen das Prozedere. Wo liegt das Problem? Über was streiten wir in diesem Zusammenhang? Das ist doch ein Popanz, den Sie aufbauen.

Zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Ich werde versuchen, spätestens bis zur dritten Lesung aus den Protokollen der Sitzungen des Landtags und gegebenenfalls auch aus der Protokollierung der Erörterungen im Haushalts- und Finanzausschuss zu ermitteln und Ihnen vorzuhalten, damit wir nicht mehr diese Spielchen machen, dass ich nie behauptet habe, dass der BLB in der Lage sei, in den ersten Jahren seiner Existenz eine Rendite von 250 Millionen DM zu erwirtschaften. Das führen Sie als Monstranz vor sich her, um nicht die Argumente in diesem Konflikt zu verlieren.

Ich kann mich daran erinnern, dass ich davon gesprochen habe, dass eine solche Rendite frühestens im siebten bis achten Jahr zu erzielen ist. Ich hole Ihnen diese Protokolle, damit Sie nicht mehr diese Legendenbildung betreiben. Das ist unerträglich. Sie wissen das. Sie behaupten das in meinen Augen auch wider besseren Wissens. Sie kennen meine Argumentation. Ihre 250 Millionen DM in diesem Zusammenhang

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) schon für das Jahr 2002 sind eine Luftbuchung, und Sie wissen es!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das können Sie allenfalls Leuten erzählen, die mit der Materie nicht vertraut sind.

Zu Ihrem Vorschlag eines 1,5%igen Abschlags: Ich erinnere mich dunkel daran, dass sich Herr Rüttgers gestern mit Blick auf unseren linearen Bildungsabschlag an der Begrifflichkeit, an diesem Instrument, erregt hat. Offenbar ist ein 1,5%iger linearer Abschlag bei den Personalkosten in der allgemeinen Verwaltung anders zu beurteilen, weil er von Ihnen kommt.

Noch einmal: Ihr Hinweis von viermal 1.350 Stellen ist richtig. Er ergibt rechnerisch die 6.400. Aber damit haben Sie noch keine einzige Mark erwirtschaftet, sondern Sie haben lediglich kw-Stellen ausgewiesen. Das ist der Unterschied. Sie haben nicht eine einzige Mark erwirtschaftet, sondern nur kw-Stellen ausgewiesen, zusätzlich zu den kw-Stellen, die dort sind.

Herr Diegel, Sie kommen doch im Ernst nur an eine Mark ran, wenn Sie Beschäftigten betriebsbedingt kündigen. Nur dann kommen Sie an die Mark ran. Ja, der Hinweis von Frau Freimuth ist völlig richtig: Die Leute verdunsten doch nicht, die auf den Stellen sitzen. Ich habe einmal gesagt: Ich kann sie nicht im Keller erdrosseln. Daraufhin gab es eine geschauspielerte Empörung, wie ich mit den Bediensteten des Landes umginge. Dieser Ausdruck ist natürlich viel charmanter: Die Leute verdunsten nicht auf den Stellen. Sie haben also noch nichts erwirtschaftet, sondern Sie haben schlicht und einfach nur kw-Stellen ausgewiesen - mehr nicht.

Abschließend, Frau Freimuth: Ja, die Koalition hat sich vorgenommen, die Nettokreditaufnahme zu senken. Sie wissen, mit einer sehr viel realistischen Perspektive als in der letzten Legislaturperiode.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE] - Zurufe)

- Gott sei Dank, völlig richtig. Ich hätte auch alles andere für illusorisch gehalten vor dem Hintergrund der weiteren Herausforderungen, die auf uns zukommen. Nur, bitte, Sie wussten, dass diese Koalition für das Jahr 2001 mit einer Überrollung der Nettokreditaufnahme angetreten ist - vor dem Hintergrund von minus 4,8 Milliar-

den DM aus der Steuerreform des Bundes. Wir sind trotz dieser 4,8 Milliarden DM Mindereinnahmen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung aufgrund der gemeinsam gewollten Steuerreform in der Lage, die Nettokreditaufnahme entgegen ursprünglichen Planungen um 290 Millionen DM abzusenken. Da hätte ich zumindest eine bessere Zensur für diese doch bemerkenswerte Maßnahme bekommen können.

(Dr. Ingo Wolf [F.D.P.]: Vier minus!)

- Auch von der F.D.P.!

Ich denke, auf alles andere muss ich nicht erneut eingehen. Es gibt ein Zitat, mit dem ich die Beratung über die Einzelpläne 12 und 20 abschließen will. Herr Stahl zitierte Herrn Churchill. Ich tue das auch gerne. Churchill sagte:

"90 % der Politik, meine Damen und Herren, sind Haushalts- und Finanzpolitik. Und die anderen 10 % haben auch mit Geld zu tun."

Das ist auch meine Auffassung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heiterkeit)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (D)

Wir kommen jetzt zu den **Abstimmungen**, und zwar zunächst zur Abstimmung über den **Einzelplan 12** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/812**. Ich darf um das Handzeichen bitten, wer für die Beschlussempfehlung stimmt. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

Wir kommen als Nächstes zum **Einzelplan 20**, und da zunächst zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Zuerst stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/945**. Es geht dort um die erhöhten Steuereinnahmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) Wir kommen als Nächstes zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/946**. Es geht um die Jubiläumszuwendungen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/947**. Es geht um die Öffentlichkeitsarbeit. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/948**. Dort geht es um die Personalreduzierung für die Neueinstellung von Lehrern. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einigen Stimmen der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei einer Enthaltung der F.D.P. **abgelehnt**.

- (B) Wir kommen als Nächstes zu dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/949**. Es geht um die erhöhten Schlüsselzuweisungen. Wer stimmt für den Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **abgelehnt**.

Es geht weiter mit dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/950** - Stichwort: Erhöhte Überbrückungshilfe. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? -

(Das Abstimmungsverhalten der F.D.P.-Fraktion ist unklar. - Heiterkeit)

Wer enthält sich? - Danke sehr.

(Zurufe)

Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. **abgelehnt**.

- (C) Wir kommen als Nächstes zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/951**. Es geht um die Befrachtung des Steuerverbundes. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? -

(Das Abstimmungsverhalten der F.D.P.-Fraktion ist zunächst nicht eindeutig. - Heiterkeit - Beifall)

- Sie haben es jetzt eine Weile geübt. Jetzt klappt es, wie Sie sehen. - Der Änderungsantrag ist damit mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/952** - Stichwort: Unterstützung des Strukturwandels. Wer stimmt für den Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Jetzt ist es einfacher. Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **abgelehnt**.

Es geht weiter mit dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/953** - Stichwort: Absenkung der Allgemeinen Rücklage des Landes. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Es geht weiter mit dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/954** - Stichwort: Einnahmen und Einsparungen aus dem Bau- und Liegenschaftsmanagement. Wer für diesen Änderungsantrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 20** insgesamt, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/816**. Wer für diese Beschlussempfehlung stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

Wir kommen nun zum **Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001** entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/800**. Mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2001 erfolgt die **Gesamt- abstimmung in zweiter Lesung**. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001 in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung lasse ich jetzt über die **Rücküberweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** abstimmen. Wer dieser Rücküberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss **zurücküberwiesen**.

(Unruhe)

- (B) - Meine Damen und Herren, wir sind mit den Abstimmungen noch nicht ganz fertig.

Wir kommen nun noch zu der gestern ausgesetzten Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2001**.

Zunächst stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/932** ab. Es geht dort um die Entfrachtung des GFG. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die diesem Änderungsantrag zustimmen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen ---

(Heinz Hardt [CDU]: Herr Präsident, das ist nicht mehr übersichtlich! Dort hinten laufen Abgeordnete und Mitarbeiter durcheinander! - Weitere Zurufe)

- Herr Hardt, nach unserem Eindruck ist die Mehrheit gegeben.

(Widerspruch bei der CDU)

Gleichwohl wäre ich den Kolleginnen und Kollegen dankbar, wenn sie noch einmal Platz nähmen. Das ist den gestellten Anträgen gegenüber nur fair. Im Übrigen haben wir nicht nur über den

(C) Änderungsantrag, sondern auch noch über das **Gemeindefinanzierungsgesetz** insgesamt abzustimmen. Wir wollen heute diese Abstimmung ordnungsgemäß zu Ende bringen.

Ich rufe jetzt noch einmal den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/932 zur Entfrachtung des GFG auf. Ich bitte erneut diejenigen um das Handzeichen, die für diesen Änderungsantrag stimmen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/817**. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. in zweiter Lesung **angenommen**.

(D) Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nun über die **Rücküberweisung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** ab. Wer der Rücküberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, mir verbleibt noch, darauf hinzuweisen, dass die dritte Lesung des Haushalts am 28. März 2001 stattfindet.

Ich lade Sie zu unserer nächsten Plenarsitzung ein, die morgen um 10 Uhr beginnen wird, und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.59 Uhr

27. März 2001/Ausgegeben: 29. März 2001

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.